

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, begründet sein Nein zur Verjährung von Nazi-Mordtaten.

Seite 1/2

Dieter Lattmann MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion, weist der Opposition bildungspolitische Fehlsteuerung nach.

Seite 3/4

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit dem Grundsatzprogramm der CDU auseinander.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 232

4. Dezember 1978

Warum Nein zur Verjährung?

Verjährung von Naziverbrechen juristisch, moralisch und politisch betrachten

Von Simon Wiesenthal, Wien

Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes

Verjährung - als Bestandteil der Gesetze - setzt voraus, daß es sich um Einzeltäter handelt, die nur eine geringe Chance haben, den Zeitraum von 20 bis 30 Jahren ohne Entdeckung zu überleben, da sie Schwierigkeiten haben, unter falschem Namen unterzutauchen. Die Naziverbrecher hatten eine Organisation, die ihnen zur Flucht, zum Untertauchen und zu falschen Papieren verhalf und die ihnen Geld gab. Sie hatten auch keine Sorgen um ihre zurückgebliebenen Familien. Hier dasselbe Prinzip wie bei einem sich versteckenden Einzeltäter anzuwenden, wäre ein Messen mit ungleichem Maß.

Die Verjährung am 31.12.1979 gleicht einer Amnestie. Amnestien sind etwas Selbstverständliches, wenn Täter und Opfer derselben Nation angehören. Hier geht es aber um eine Amnestie von deutschen Tätern, die Verbrechen an anderen Nationen begangen haben. Das schafft ein internationales Problem und verstößt gegen internationales Recht.

Mit der Entstehung der Bundesrepublik und dem Aufbau eines demokratischen Staatswesens wurde auch eine moralische Verpflichtung übernommen, nämlich alle jene, die über Millionen Menschen unsagbares Leid gebracht haben, zur Verantwortung zu ziehen und vor Gerichte zu stellen. Während nur zwölf Jahre, die der Kalte Krieg - an dessen Schwelle die Bundesrepublik gegründet wurde - dauerte, war nichts geschehen; es gab eine Schonzeit für Mörder, und die einzigen Gewinner des Kalten Krieges waren die Naziverbrecher. Erst nach dem Eichmann-Prozeß im Jahre 1961 erfolgten intensive Nachforschungen seitens der Justizorgane der Bundesrepublik. Für die so spät begonnenen Untersuchungen war angesichts des

umfangreichen Materials, der notwendigen Einschulung von Untersuchungsrichtern und Staatsanwälten trotz allem der Zeitraum bis heute nicht ausreichend, da während des Kalten Krieges Personen in den Polizei- und Justizapparat einsickerten, die wegen ihrer Vergangenheit gerade von diesen Staatsorganen hätten ferngehalten werden müssen. Als Gegenmaßnahmen mußten Sonderkommissionen der Polizei geschaffen werden, die aus Leuten der jüngeren Generation bestanden, denen leider Staatsorgane gegenüberstanden, die nur in beschränktem Umfang zur Kooperation bereit waren.

Mit der Zeit und mit dem Wachstum der politischen Bedeutung der Bundesrepublik wurde die moralische Seite nicht mehr in dem Maße beachtet wie früher, und es gibt genügend Politiker, die nicht einsehen wollen, daß moralische Verpflichtungen zeitlich nicht begrenzt werden können.

Der Großteil der Verbrechen der Nazis wurde in den Ostblockländern begangen. Mit Ausnahme von Polen, das in vielen Tatkomplexen der deutschen Justiz Hilfe leistete, verweigerten die anderen Ostblockstaaten gegenüber dem deutschen Justizapparat aus politischen Gründen jede Hilfe. Besonders die DDR stellte sich auf diesen Standpunkt, obwohl Naziarchive, die sich dort befinden, längst ausgewertet wurden. Doch für die DDR und die anderen Ostblockländer ist das keine juristische oder moralische, sondern vor allem eine politische Frage.

Dem Autor dieses Beitrages wurde von diesen Ländern der Vorwurf gemacht: Wiesenthal helfe den Deutschen, sich durch Prozesse zu rehabilitieren. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Herren im Ostblock kein Interesse an Prozessen haben, im Gegenteil, sie halten diese für ihre Politik abträglich. Für seine interne und auswärtige Propaganda braucht der Ostblock im Westen, besonders in der Bundesrepublik in Freiheit lebende Verbrecher. Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, daß nach dem Eintritt der Verjährung die Ostblockländer Namen von Verbrechern veröffentlichen werden, die unbehelligt und frei leben. Im Osten wird man scheinheilig behaupten, die entsprechenden Dokumente erst jetzt gefunden zu haben; für die Ostblockländer werden solche Veröffentlichungen eine willkommene Ablenkung von ihren internen Problemen wie Dissidenten, Unterdrückung Andersgesinnter usw. usw. sein. Das muß zu einer Unruhe im Westen führen, da Millionen Menschen selber oder durch ihre Familien Opfer nazistischer Maßnahmen waren.

Die Auswirkungen, die eine derartige Propaganda im Westen heraufbeschwören wird, wird es den Freunden der Bundesrepublik unmöglich machen, sie zu verteidigen, denn die gesamte Freie Welt wird durch diese Anklagen mit betroffen werden.

Daher müßte aus den drei geschilderten Gründen die Verjährung aufgehoben werden. Man braucht auch kein spezielles Gesetz gegen Nazis, wenn es für Mord und Beihilfe zum Mord keine Verjährung gibt - wie es in den meisten Ländern der Welt der Fall ist.

(-/4.12.1978/hj/lo)

Fehlsteuerung in der Berufsbildung

Die Mißverhältnisse liegen vor allem in der beruflichen Bildung

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

CDU und CSU müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, bildungspolitisch fehlgesteuert zu sein. Stets warnen sie vor der mangelnden Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem und haben doch offenbar nichts anderes vor Augen als Hochschulabsolventen. Dabei weiß jedermann ganz genau, daß die eigentlichen Probleme der Arbeitslosigkeit nun wirklich nicht am oberen Rand der Qualifikations-Pyramide angesiedelt sind. Im Gegenteil: Das eigentliche Problem der Fehlsteuerung in der Bildungspolitik liegt nicht bei der staatlichen Hochschulausbauplanung, sondern bei Angebot und Nachfrage in der betrieblichen Berufsausbildung.

Uns liegen Untersuchungen vor, wie sich die Zahlen der neuen Ausbildungsverhältnisse in den wichtigsten Berufen 1977/78 im Vergleich zu 1974/75 entwickelt haben. Diese Zahlen werden der Anzahl der Erwerbstätigen in diesen Berufen 1976 im Vergleich zu 1970 gegenübergestellt. Das Ergebnis gibt zu denken:

- So haben etwa die Ausbildungsverhältnisse beim Bäcker im angegebenen Zeitraum um 65,8 Prozent zugenommen, während die Erwerbstätigen in diesem Beruf um 15,5 Prozent zurückgegangen sind.
- Ähnlich ist die Situation beim Fleischer. Zunahme der Ausbildungsverhältnisse um 46,9 Prozent und Abnahme der Anzahl der Erwerbstätigen um 16,6 Prozent.
- Oder der Tischler: Zunahme der Ausbildungsverhältnisse um 42,4 Prozent bei Abnahme der Anzahl der Erwerbstätigen um 11,4 Prozent.
- Maler und Lackierer: Zunahme der Ausbildungsverhältnisse um 30,6 Prozent, Abnahme der Anzahl der Erwerbstätigen um 23,5 Prozent.

Hier also werden durch die gegenwärtige Struktur der Ausbildung Berufswechsel, Un-

schulung und Berufsabstieg bereits vorprogrammiert.

Sicherlich: Etliche der so Ausgebildeten werden in benachbarten Berufsfeldern unterkommen. Auch für diese Gruppen gilt: Besser eine Berufsausbildung als keine.

Doch dürfen wir - das belegen die Zahlen sehr überzeugend - nicht einseitig nur auf den statischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsverhältnissen schießen. Notwendig ist vielmehr ein kräftiges "Überangebot" vor allem in Berufen mit Zukunft. Das sind vor allem Ausbildungen

- mit 3 1/2 jährigen Ausbildungszeiten,
- mit längerer Verweildauer in der Lehrwerkstätte,
- zum gehobenen Kaufmann.

Viele Jugendliche wissen das. Da wird nicht selten in der Öffentlichkeit beklagt, daß doch etwa in der Baubranche noch Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben sind. Aber eben dort ist das Risiko später nicht als Facharbeiter tätig werden zu können am größten. Da helfen auch keine Appelle an Jugendliche, nicht nur im "Haupttraumberuf" ausgebildet werden zu wollen.

Die CDU/CSU sollte diese Faktoren zur Kenntnis nehmen, statt stets nur über die Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen zu lamentieren. Sie sollte damit Abiturienten vom Studium ab, die folglich zusätzlich in die Berufsbildung drängen.

Sie sollte stattdessen unsere Bemühungen unterstützen, mehr Ausbildungsplätze in qualifizierten Berufen mit Zukunft anzuregen. (-/4.12.1978/ks/hgs)

Wo blieb die radikale Besinnung der CDU?

Das Grundsatzprogramm der CDU öffnet die Tür für Feindschaftsverhältnisse

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Wir brauchen radikale Besinnung", ließ der Generalsekretär der CDU, Geißler, über einen Artikel setzen, den er vor dem Parteitag der CDU veröffentlichte. "Besinnung" gab es dann auf dem Parteitag nur vereinzelt, von "radikaler Besinnung" kann schon gar nicht die Rede sein. Trotzdem schadeten sich die Sozialdemokraten, wenn sie das "Grundsatzprogramm" der CDU, das jetzt vorliegt, mit Nachlässigkeit und ohne den sorgfältigen und sachlichen Willen zur argumentativen Auseinandersetzung zu betrachten legten.

Zu erinnern ist an die Mischung von Leichtfertigkeit, Hochmut und böser Polemik, mit der die CDU 1959 das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD kommentierte. "SPD meldet Totalitätsanspruch auf die Demokratie an", behauptete der damalige Generalsekretär der CDU, Heck, Konrad Adenauer machte es sich wie so häufig einfach: "Neuer Mantel für eine alte Sache", fand er. Und "Die Herren sind sich treu geblieben", "was daran gut ist, stammt von mir". Der Pressedienst der CDU gar wollte uns ein "Ermächtigungsprogramm" anhängen. Ausgezahlt hat sich das alles nicht für die damalige Regierungspartei. Im Gegenteil: Allmählich gewannen die Sozialdemokraten die geistig-politische Führung in der Bundesrepublik Deutschland. Es erwies sich als zutreffend, daß sich die Regierungsfähigkeit zuerst an der Programmfähigkeit bildet, wenn eine Partei in der Opposition ist.

Programmfähigkeit jedoch hat sich messen zu lassen an der Fähigkeit, die Lehren und Erfahrungen aus der deutschen Geschichte zu hüten und zur Grundlage der Politik zu machen. "Radikale Besinnung" der CDU also hätte zurückgreifen müssen auf die Wurzeln ihres Anfangs in den Jahren nach Krieg und staatlich organisiertem Terror. Das erste und bis zu diesem, jetzt verabschiedeten Grundsatzprogramm, einzige Grundsatzprogramm der CDU ist verknüpft mit dem Namen der Stadt Ahlen. Parallel wäre manches andere programmatische Dokument aus der CDU-Gründungsgeschichte zu nennen. Dieses "Ahleener Programm", das der CSU-Vorsitzende eine "Mumie" zu nennen beliebt hat, ist geprägt von dem Willen, eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit ausschließen zu helfen. Die parteipolitische Versöhnung der Religionen und die Beseitigung der wirtschaftlichen Schädigung, die den Nährboden der braunen Barbarei abgeben hatten - das waren die beiden großen, geschichtlich bedeutsamen Leistungen der damaligen Programmverfasser. Alles andere hat zeitgebundenen Charakter, dies bleibt eine Grundlage, von der neben vielem anderen die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland abhängt und ihre Fähigkeit, sich als Teil des deutschen Volkes in der Quantität der Teilung als Nation zu bewähren. Darüber hinaus durchdrang die Vertiefung des "Ahleener Programms" der Wille zur ehrlichen und sachlichen Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften.

Es stimmt in der Erinnerung wehmütig und nötigt zu skeptischen Fragen über die Zukunft des freiheitlich verfaßten Teils des deutschen Volkes, wenn man sich verpaidigt, wie wenig von diesem Geist des Neubeginns übrig geblieben ist.

Die Versöhnung der Religionsgemeinschaften mit der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit für die Demokratie wird überwältigt und zersetzt durch den Alleinvertretungsanspruch der CDU auf "christliche" Begründung von Politik. Einer der Krebschäden der Weimarer Demokratie, der wechselseitige Monopolsanspruch zwischen den Vertretern verschiedener Begründungen demokratischer Politik, ist durch die CDU schon frühzeitig nach Graul...

der Bundesrepublik wieder eingeschleppt worden. Der andere Krebschaden deutscher Geschichte, der Notwendigkeit zu widerstreben, die Demokratie sozial und wirtschaftlich zu verankern, ist eine bleibende Gefahr, solange die Angst vor "marxistischen" Gespenstern immer wieder aufgereizt wird.

Es ist bekannt, wie unter Adenauers Führung die CDU das "Ahlener Programm" zu den Akten legte und zu einer Partei wurde, die an die Stelle des Programms die Selbstzufriedenheit mit der Regierungsrolle setzte. Programmatisch wurde die CDU vorwiegend zu einer Partei des Anti-Sozialdemokratismus. Sie ging in dieser Hinsicht einen ähnlichen Weg wie die Parteien der rechten Mitte nach 1918/19.

Es mutet wie ein Ruf aus der Einsamkeit an, wenn der jetzige Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU, Norbert Blüm, anlässlich des 25. Jahrestages des "Ahlener Programms" schrieb: "Das 'Ahlener Programm' war eine Wegmarkierung. Wer anderswo hinwill, weicht ab von den Gründungsintentionen der CDU... Dieses Programm ist eine kräftige Erinnerung für die Zukunft der CDU. Die Christlichen Demokraten sollten sich daran erinnern lassen."

Wer das neue "Grundsatzprogramm" der CDU liest, weiß, daß es nicht "radikale Besinnung" dokumentiert. Die Delegierten hatten eine "Erinnerung für die Zukunft" abgelehnt. Der Generalsekretär der CDU, Geißler, macht es sich leicht, wenn er diesen Text ein "Dokument der geistigen Erneuerung" nennt. Eine Wurzel der CDU war einmal der Widerstand gegen Hitler. Heute ist sie entscheidend geprägt durch ihre Gegnerschaft zur SPD, die von manchen in ihren Reihen als Feindschaft geprägt und gepflegt wird, ihren Willen zur Macht und ihren selbstgerechten Monopolanpruch auf den demokratischen Staat.

In ihrem Godesberger Programm hat sich die SPD ohne Vorbehalt zum demokratischen Staat als Wert an sich und als Mittel der politischen Gestaltung bekannt. Für eine Partei, die die meiste Zeit ihrer Geschichte verfehlt und zweimal blutig unterdrückt wurde, war dies kein leichter Weg. Aber gerade aus der Geschichte hat sie die Konsequenz gezogen, daß sich trotz aller sachlichen Gegnerschaft die Demokraten als Demokraten anerkennen und zur Gemeinsamkeit in den Grundfragen bereit sein müssen. Nur so ist demokratisches Ringen um bestmögliche Lösungen herbeizuführen. Das Gegenteil führt zur Begründung von Feindschaftsverhältnissen, die die Demokratie zersetzen und zerstören.

Im Gegensatz zu ihren programmatischen Vätern hat die CDU Schwierigkeiten, diese Notwendigkeiten wieder zum Kern ihrer Tätigkeit zu machen. Die Behauptung, "nur" der christ-

liche Glaube ermögliche eine Politik, die der Würde des Menschen gerecht zu werden vermag, weist allen anderen Ausgangspositionen für demokratisches Handeln den diskriminierenden Vorbehalt zu, nicht ganz zum demokratischen Staat dazuzugehören. Damit ist die Tür für Feindschaftsverhältnisse geöffnet.

Das "Grundsatzprogramm" der CDU, diese ungleichmäßige Mischung aus Grundsätzen, Zustandsbeschreibungen, Aktionsskizzen und polemischen Presseerklärungen, hat diesen Vorbehalt gegenüber dem Grunderfordernis des demokratischen Staates fortgeschrieben und nicht aufgehoben.

Und trotzdem hat die SPD in ihrem eigenen Interesse die Pflicht zur Argumentation. Den Menschen, die mit solchen Texten gutgläubig umgehen wollen, müssen wir verdeutlichen, worum es geht. Deshalb ist der anliegende Text der Notwendigkeit gewidmet, anhand des tatsächlichen Verhaltens der CDU zu zeigen, was in Wirklichkeit CDU-Politik ist. Es ist die Aufgabe der SPD, darzustellen, wie die CDU je nach Lage schillert wie ein Chamäleon, um die Menschen hinter sich zu bringen. Wenn wir das redlich und nachhaltig tun, machen wir es für die CDU unvermeidlich, Farbe zu bekennen anstatt zu schillern.

Wir überbewerten nichts. Wir wollen hier auch keine vollständige Analyse vorlegen. Wir wollen den richtigen Stellenwert herausarbeiten. Die Demontage des "Grundsatzprogramms" werden andere besorgen. Als die CDU begann, den jetzt verabschiedeten Text zu verfassen, sagte ihr der Vorsitzende der CSU: "Man soll sich vor dem Aberglauben hüten, daß man mit Programmen Wähler gewinnt." Und der schneidige Vorsitzende der hessischen CDU verkündete nach der Verabschiedung des "Grundsatzprogramms", das sei ein Werk "für Kirchenräte, das eine Lücke im Bücherschrank füllt", jedenfalls "völlig ungeeignet als Aktionsprogramm oder Wahlprogramm".

Wir haben uns an das zu halten, was Willy Brandt vor dem Bundesvorstand der SPD ausgeführt hat: "Programmparteitage konservativer und rechter Parteien werden nie besonders ernst genommen. Sie stehen - gleichsam von Natur aus - mit programmatischen Ausmaßen auf Kriegsfuß. Allzu leicht sollten wir über den jüngsten Parteitag der Union allerdings nicht hinweggehen. Wir sollten nicht umgekehrt denselben Fehler machen wie die CDU mit der politischen Gegner sehen, wie wir ihn zu sehen gewohnt sind oder ihn sehen möchten. Realistische - also erfolgversprechende - Strategien entwickeln wir nur, wenn wir den Weg der Union ohne Scheuklappen verfolgen. Allein die Tatsache, daß jetzt ein solcher programmatischer Anlauf versucht worden ist, sollte festgehalten und gewertet werden."

(-/4.12.1978/hi/hgs)

Diesen Beitrag veröffentlichte Herbert Wehner als Vorwort zu einer von der SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Ausarbeitung mit Hinweisen und Anmerkungen zum Grundsatzprogramm der CDU aus der Sicht der Sozialdemokraten.